



BERICHT ÜBER DIE RECHTSSTAATLICHKEIT 2025

Juli 2025

DER JÄHRLICHE ZYKLUS DER RECHTSSTAATLICHKEIT ZYKLUS 2024-2025 – DIE EINZELNEN SCHRITTE

**DIE KOMMISSION BEGINNT
MIT DER AUSARBEITUNG
DES BERICHTS ÜBER DIE
RECHTSSTAATLICHKEIT 2026.**

Ab Sommer/Herbst 2025

Rat und Europäisches Parlament erörtern den Bericht 2025, einschließlich seiner Länderkapitel, Empfehlungen und Folgemaßnahmen. Erörterung in nationalen Parlamenten und mit nationalen Behörden, Interessenträgern und der Zivilgesellschaft.



8. Juli 2025

Die Kommission nimmt den sechsten jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit an, der 27 Länderkapitel, Empfehlungen und Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen 2024 für die einzelnen Mitgliedstaaten sowie vier Kapitel für vier Erweiterungsländer enthält.

Juni 2025
Die einzelnen Länder erhalten die Entwürfe ihrer Länderkapitel zwecks Aktualisierung der Fakten.

April bis Juni 2025

Die Kommission wertet die Ergebnisse aus und erstellt Entwürfe der Länderkapitel.

Juli 2024

Annahme des fünften jährlichen Berichts über die Rechtsstaatlichkeit und Einleitung des Dialogs mit den nationalen Parlamenten, dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten im Rat.

Oktober bis Dezember 2024

Das Netz für Rechtsstaatlichkeit bietet weiterhin einen ständigen Kommunikationskanal zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten, unter anderem für den Austausch bewährter Verfahren. Es nehmen auch vier Erweiterungsländer als Beobachter am Netz teil. Die Mitgliedstaaten werden zu einem aktualisierten Fragebogen für den sechsten Bericht und zur Einbeziehung der neuen Binnenmarktdimension konsultiert.

Januar bis April 2025

Die Kommission erhält schriftliche Beiträge der Regierungen und rund 270 Beiträge von Interessenträgern zu Entwicklungen auf nationaler Ebene sowie auf EU-Ebene. Zudem gehen Beiträge zum zusätzlichen Fragebogen zur Binnenmarktdimension ein. Mehr als 650 Sitzungen finden in allen 27 Mitgliedstaaten und in den vier Erweiterungsländern statt; beteiligt sind rund 980 nationale Behörden, unabhängige Stellen und Interessenträger.